STADT | TORNESCH

Niederschrift

Gremium:	Ratsversammlung		
Sitzungsnummer:	**RAT 19/29**	**Sitzungsdatum:**	**02.04.2019**
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr	Sitzungsende:	21:05 Uhr
Sitzungsraum:	Sitzungssaal im Rathaus Tornesch, Wittstocker Str. 7		

Anwesende Mitglieder

Sitzungsleitung

Herr Friedrich Meyer-Hildebrand - CDU Tornesch

Gremienmitglieder

Herr Sven Baumgart - FDP Tornesch	Ratsherr
Herr Henry Braun - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Hans-Jürgen Brede - B90/GRÜNE Tornesch	Ratsherr
Frau Dr. Susanne Dohrn - SPD Tornesch	Ratsfrau
Herr Manfred Fäcke - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Klaus Früchtenicht - SPD Tornesch	1. stellvertr. BV
Herr Henrik Haeder - FDP Tornesch	Ratsherr
Frau Ann Christin Hahn - B90/GRÜNE Tornesch	Ratsfrau
Herr Howe Heitmann - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Lars Janzen - B90/GRÜNE Tornesch	Ratsherr
Herr Torben Jochens - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Daniel Kölbl - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Steffen Kretschmer - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Horst Lichte - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Manfred Mörker - SPD Tornesch	Ratsherr
Frau Dörte Plautz - B90/GRÜNE Tornesch	Ratsfrau
Herr Sönke Pracht - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Andreas Quast - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Christopher Radon - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Helmut Rahn - B90/GRÜNE Tornesch	Ratsherr
Herr Artur Rieck - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Kai Schmidt - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Justus Schmitt - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Henry Stümer - CDU Tornesch	Ratsherr
Frau Dagmar Sydow-Graen - B90/GRÜNE Tornesch	2. stellvertr. BV
Herr Gunnar Werner - FDP Tornesch	Ratsherr

Verwaltung

Frau Sabine Kählert - Bgm.in Tornesch	Bürgermeisterin	
Herr Torsten Kopper - Verwaltung Tornesch	Amtsleiter	
Herr Jörg-Andreas Rechter - Verwaltung Tornesch	Fachdienstleiter	
Frau Inga Ries - Verwaltung Tornesch	Protokollführerin	

Gäste

Frau Sabine Werner - FDP Tornesch	Gast	Vorsitzende des Finanzausschusses

Entschuldigte Mitglieder

Gremienmitglieder

Frau Elena Mohr - CDU Tornesch	Ratsfrau	entschuldigt

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.03.2019	
4	Bericht der Bürgermeisterin I/2019	VO/19/086
5	Umbesetzung von Ausschüssen	VO/19/090
5.1	Umbesetzung von Ausschüssen	VO/19/092
6	Entsendung eines Mitgliedes und eines Stellvertreters in die Trägerversammlung des IT-Verbundes Schleswig-Holstein AöR (ITVSH)	VO/19/015
7	Prüfung der Jahresrechnung 2015	VO/19/067
8	Abschaffung der Straßenausbaubeiträge	VO/19/084
9	Beratung über den 2. Nachtrag zur Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) der Stadt Tornesch	VO/19/023
10	Stellungnahme der Stadt Tornesch zum Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Stadt Tornesch und der Eigenbetriebe Abwasserbetrieb Tornesch, Grundstücksgesellschaft Tornesch (GGT) und Grundstücksgesellschaft (GGS) durch den Landrat des Kreises Pinneberg, Gemeindeprüfungsamt, Haushaltsjahre 2012 bis 2015	VO/19/012-1
11	Vorlage der Verwaltungsgliederung der Bürgermeisterin gemäß § 55 Abs. 3 GO	VO/19/071
12	Sondervermögen der Kameradschaftskassen der Freiwilligen Feuerwehr a) Rechnungslegung 2018 b) Einnahme- und Ausgabeplanung 2019	VO/19/069
13	Neufassung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Uetersen zur Übertragung von Aufgaben und Zuständigkeiten im	VO/19/011

	Bereich des Standesamts- und Wohngeldwesens	
14	7. Änderung des B-Planes 47 "Businesspark Tornesch" - Abwägung zur öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss -	VO/19/001
Nicht öffentlicher Teil		
15	Bericht der Verwaltung	

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung

Beschluss:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird beschlossen. Außerdem wird beschlossen, den Tagesordnungspunkt 15 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Abstimmungsergebnis:		
27 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

BV Meyer Hildebrand eröffnet um 19.30 Uhr die heutige Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung fest.
Bürgermeisterin Kählert beantragt die Tagesordnungspunkte 4 „Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse“ und 5 und 18 „Anfragen von Ratsmitgliedern“ von der Tagesordnung zu nehmen, weil es keine nichtöffentlichen Beschlüsse gab und keine Anfragen vorliegen.
RH Werner beantragt, den TOP 10 „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ von der Tagesordnung zu nehmen und verweist auf die Beschlusslage des Hauptausschusses zu diesem Thema. RH Radon möchte den Punkt aber heute beraten wissen, weil seine Fraktion noch einen Vorschlag hat. Falls dieser angenommen wird, beeinflusst dies das Abstimmungsverhalten zu TOP 11 „Erhöhung der Grundsteuer B“. Frau Ries stellt klar, dass für den Beschluss über die Tagesordnung, also auch für die Absetzung von Tagesordnungspunkten, eine einfache Mehrheit ausreicht. Bei Dringlichkeitsanträgen und beim Ausschluss der Öffentlichkeit ist eine qualifizierte Mehrheit, nämlich eine 2/3 Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter notwendig.
BV Meyer Hildebrand lässt zunächst über den Antrag von RH Werner abstimmen:

Abstimmungsergebnis:		
3 Ja-Stimmen	**17 Nein-Stimmen**	**7 Enthaltungen**

Somit verbleibt der TOP 10 auf der Tagesordnung. Im Anschluss lässt BV Meyer-Hildebrand über die Tagesordnung mit den Änderungsvorschlägen der Bürgermeisterin insgesamt abstimmen.

TOP 2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:

Herr Ralf Fromheim, Anlieger der Straße An der Kirche, spricht die zurzeit laufende Straßenausbaumaßnahme an und möchte von den Kommunalpolitikern wissen, ob sie die Situation der Anlieger kennt. Viele der Einzelhausbesitzer müssen ihr Eigenheim aufgeben oder verkaufen. Seiner Meinung nach ist das die Folge der hohen Straßenausbaubeiträge. RH Mörker antwortet für die Ratsversammlung, dass der Hauptausschuss am 25.03.2019 allgemein über die Straßenausbaubeitragssatzung diskutiert hat, Einzelschicksale sind nicht bekannt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.03.2019

Beschluss:
Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 05.03.2019 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:		
27 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf: ohne

TOP 4 Bericht der Bürgermeisterin I/2019

Beratungsverlauf:

Bürgermeisterin Kählert verliest den schriftlich vorliegenden Bericht für das Publikum. Nachfragen werden nicht gestellt.

TOP 5 Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion nachstehende Umbesetzungen in den ständigen Ausschüssen:

Ausschuss für Finanzen
RH Torben Jochens für RH Andreas Quast

Ausschuss für Finanzen – Vertretung
bgl. Mitglied Gerhard Buchna für RH Torben Jochens

Ausschuss für Umwelt – Vertretung
bgl. Mitglied Tobias Thölen für N.N.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf: ohne

TOP 5.1	Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt auf Antrag der FDP-Fraktion nachstehende Umbesetzungen in den ständigen Ausschüssen:

Finanzausschuss:
streiche: Peter Brandes und Sascha Schütt
Neu: Gunnar Werner 3. Stellvertreter

Umweltausschuss:
streiche: Lennart Schütt
Neu: Gunnar Werner 3. Stellvertreter

Ausschuss für Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildungswesen:
Alt Mitglied: Henrik Haeder – neu: Sabine Werner
Soziales, Kultur und Bildung Alt 1. Stellvertreter: Sabine Werner – neu: Henrik Haeder

Abstimmungsergebnis:		
27 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf: Ohne

Nach den Beschlussfassungen zu TOP 5 und 5.1. werden die beiden neuen stellvertretenden Ausschussmitglieder per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet:

Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Frau Werner, verpflichtet Herrn Buchna,
die Vorsitzende des Umweltausschusses, Frau Sydow-Graen verpflichtet Herrn Thölen.

TOP 6	Entsendung eines Mitgliedes und eines Stellvertreters in die Trägerversammlung des IT-Verbundes Schleswig-Holstein AöR (ITVSH)

Beschluss:

Die Stadt Tornesch entsendet:

als Mitglied: **Gunnar Seiler**
als Vertreter: **Daniel Bielaczewski**

in die Trägerversammlung des IT-Verbundes Schleswig-Holstein AöR (ITVSH)

Abstimmungsergebnis:		
27 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf: ohne

TOP 7 Prüfung der Jahresrechnung 2015

Beschluss:

Die Ratsversammlung stellt die Jahresrechnung 2015 wie folgt fest:

Im Ergebnisplan	mit einem Gesamtbetrag der Erträge	25.379.353,17 €
	mit einem Gesamtbetrag der Aufwendungen	26.511.252,73 €
	einem Jahresfehlbetrag / ~~Jahresüberschuss~~	1.131.899,56 €
Im Finanzplan	mit einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	28.042.385,42 €
	mit einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	24.667.049,16 €
	mit einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitions- u. Finanzierungstätigkeit von	5.107.493,13 €
	mit einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitions- u. Finanzierungstätigkeit von	2.944.355,79 €

Die Bilanzsumme der Schlussbilanz 2015 beläuft sich auf 79.555.229,62 €

Die Ergebnisrechnung 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag i.H.v. 1.131.899,56 € ab.

Die Ratsversammlung beschließt, den Jahresfehlbetrag 2015 gem. § 26 Abs. 3 GemHVO-Doppik durch Umbuchung aus Mitteln der Ergebnisrücklage im Folgejahr auszugleichen und beschließt den Jahresabschluss 2015.

Abstimmungsergebnis:		
27 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung, RH Pracht, erläutert, dass der Ausschuss am 31.03.2019 die Jahresrechnung 2015 geprüft hat, verliest den Beschlussvorschlag und bittet die Ratsversammlung, die Jahresrechnung festzustellen.

RH Fäcke bedankt sich beim Fachdienst Finanzen für die optimale Vorbereitung der Sitzung. Selbst Detailfragen konnten in der Sitzung geklärt werden. Er stellt fest, dass die Jahresabschlüsse 2014 und 2015 mit einem Minus abgeschlossen haben. Die Höhe der Abschreibungen war bis dato ungewiss. 2015 schlugen sie mit 1,8 Mio. € zu Buche. Er

resümiert, dass allen Kommunalpolitkern bewusst war, dass die Abschreibungen nach Einführung der Doppik noch nicht gleich erwirtschaftet werden konnten. Die Höhe der aufgenommenen Kassenkredite konnten von 2014 auf 2015 um rund 3 Mio. € gesenkt werden.
RF Hahn ergänzt zu RH Fäckes Aussage, dass man Abschreibungen erwirtschaften muss, sonst geht es tiefer in die roten Zahlen. RH Kölbl hält ein Minus von 1,1 Mio. € für nicht zufriedenstellend.

TOP 8 Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Beschluss über den Beschlussvorschlag:

Die Satzung der Stadt Tornesch über die Erhebung von Ausbaubeiträgen wird zum 1. Juli 2019 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:		
11 Ja-Stimmen	**16 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion:

Der Antrag der FDP-Fraktion soll von der Verwaltung bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 17.06.2019 abgearbeitet und die entsprechenden Zahlen vorgelegt werden. Der TOP wird auf die Sitzung der Ratsversammlung am 25.06.2019 vertagt.

Abstimmungsergebnis:		
13 Ja-Stimmen	**14 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

RH Radon erinnert an die vorangegangene Diskussion im Hauptausschuss am 25.03.2019. Die CDU-Fraktion hatte den Antrag gestellt, die Straßenausbaubeiträge gänzlich abzuschaffen. Eine teilweise Kompensation der wegfallenden Straßenausbeiträge sollte durch die Erhöhung der Grundsteuer B erfolgen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Mehrheitlich angenommen wurde ein Antrag der FDP-Fraktion, in dem die Verwaltung aufgefordert wurde, bis zum Hauptausschuss am 09.09.2019 Daten und Zahlen, die in Bezug auf die Straßenausbaubeiträge stehen, vorzulegen. Die CDU-Fraktion schlägt heute der Ratsversammlung vor, die Vorlage des Datenmaterials bis Juni 2019 vorzuziehen und heute noch nicht über die Anhebung der Grundsteuer zu beraten. Für die rückwirkende Anhebung der Grundsteuer hat die Stadt bis zum 30.06.2019 Zeit. Die Zeit bis dahin sollte genutzt werden, um alle offenen Fragen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu klären. Würde die Ratsversammlung heute nicht dem Vorschlag der CDU zustimmen, würden sie gegen die Anhebung der Grundsteuer B stimmen. RH Kölbl betont, dass Straßenausbaubeiträge ungerecht sind und die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern fehlt. Die Landesregierung hat es daher den Kommunen freigestellt, ob sie die Beiträge erheben oder nicht. Durch die Anhebung der Grundsteuer und der vom Land gezahlten Infrastrukturmittel hält RH Kölbl den CDU-Vorschlag für gegenfinanziert.

RF Hahn entgegnet, dass das Haushaltsdefizit 2015 minus 1,1 Mio. € betrug, in der Planung 2019 rechnet man mit einem Minus von 3,5 Mio. €. Sie hält es für gefährlich, Mehreinnahmen gleich wieder auszugeben. RH Janzen bezeichnet den Antrag als unseriös. Die Hälfte der Erhöhung soll schon für die Defizitabdeckung für den Kindergartenneubau herhalten. Zunächst müssen erstmal die Schulden beglichen werden. Er erinnert die CDU

daran, dass diese den Haushalt 2019 mit dem Argument abgelehnt haben, dass nicht genug gespart wird.

RH Mörker schließt sich den Ausführungen von RH Janzen an und ergänzt, dass er den Antrag ebenfalls für unseriös und auch für populistisch hält. Die Diskussion wurde bereits im Hauptausschuss geführt, heute liegen noch keine weiteren Erkenntnisse vor. Insofern hat sich an der Sachlage nichts geändert. Er ergänzt noch, dass bei der Erhebung von Beiträgen und Gebühren immer subjektive Ungerechtigkeiten gefühlt werden und dass Beiträge zweckgebunden sind, während Steuern allgemeine Deckungsmittel sind. RH Rieck fügt noch hinzu, dass bei einem Plus von 200.000 € durch die Erhöhung der Grundsteuer nach Abzug des Anteils für die Kreisumlage nur noch 126.000 € in der Stadtkasse verbleiben.

RH Radon argumentiert, dass im Jahr 2019 keine neuen Straßenausbauten geplant sind und somit heute keine Eile für eine Beschlussfassung besteht. Zum Ungerechtigkeitsargument fügt er hinzu, dass die Haushaltsschieflage der Stadt Tornesch durch den Gewerbesteuerausfall von zwei größeren Gewerbebetrieben entstanden ist. Dieser Ausfall kann nicht durch die Bürgerinnen und Bürger ausgeglichen werden. Auch die von der CDU eingebrachten Haushaltskonsolidierungsvorschlägen brauchen Zeit, um wirken zu können.

Bürgermeisterin Kählert berichtet, dass die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen Land auf, Land ab ein Thema sind. Sie hält es für eine schwierige Entscheidung. Sie erinnert daran, dass die Erhöhung der Grundsteuer B nicht andere Einnahmearten ersetzen soll. Sie dient in erster Linie die Voraussetzungen für die Beantragung von Fehlbedarfszuweisungen zu erfüllen. Die vom Land gezahlten Infrastrukturmittel sind zeitlich nicht festgeschrieben und sie sind auch frei von einer Zweckbindung. Die Zahlung von 165.00 € im Jahr 2018 wurden für die Verbesserung der Wirtschaftswege eingesetzt. § 76 Abs. 1 GO setzt die Reihenfolge der Einnahmebeschaffung fest. Hier sind Entgelte aus Leistungen vorrangig vor Steuern zu beschaffen. Sie hält es für richtig, dass die Zahlen erstmal aufbereitet werden müssen, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Für RH Hahn wird in dieser Diskussion zu viel vermischt. Fakt ist, dass die Stadt Tornesch stark verschuldet ist und sie so viele Einnahmen wie möglich generieren muss. Alle Ausgaben müssen sorgfältig, also mit Vorsicht und Bedacht, getätigt werden. Da helfen im Moment auch keine strategischen Ziele oder dass Straßenausbauten für die nächsten zwei Jahre nicht geplant sind.

RH Radon stellt den Beschlussantrag, dass der FDP-Antrag von der Verwaltung bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 17.06.2019 abgearbeitet wird und dass heute nicht über die Satzung und die Grundsteuer abgestimmt werden soll.

Da man sich aber in dem Beratungsverlauf zu TOP 8 befindet, kann jetzt nicht über TOP 9 mit abgestimmt werden. Daher wird nur über den ersten Teil des Antrages abgestimmt.

TOP 9	Beratung über den 2. Nachtrag zur Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) der Stadt Tornesch

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt, den Hebesatz bei der Grundsteuer B rückwirkend zum 1.1.2019 auf 425 v.H. gemäß der Vorlage anliegender 2. Nachtragssatzung zur Hebesatzsatzung der Stadt Tornesch anzuheben. Die Hebesätze für die Grundsteuer A und Gewerbesteuer bleiben unverändert auf jeweils 390 v.H. bestehen.

Abstimmungsergebnis:		
16 Ja-Stimmen	10 Nein-Stimmen	1Enthaltung

Beratungsverlauf:

Die Vorsitzende des Finanzausschuss, Frau Werner, trägt vor, dass für die Inanspruchnahme von Fehlbetragszuweisungen Mindesthebesätze für die Realsteuer Voraussetzung sind. Bei der Grundsteuer A und bei der Gewerbesteuer sind diese Mindestsätze bereits erreicht. Der Mindesthebesatz für die Grundsteuer B liegt bei 425 v.H. Der derzeitige Hebesatz in Tornesch liegt bei 390 v.H. Die Anhebung kann durch einen 2. Nachtrag zur Hebesatzsatzung beschlossen werden. Der Finanzausschuss hat sich am 13.02.2019 mit dem Thema befasst und die Änderung der Hebesatzungsatzung mit einer Ja-Stimme und 8 Enthaltungen der Ratsversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

RH Janzen teilt mit, dass die Fraktion B90/DIE GRÜNEN heute einen anderen Standpunkt als in der Sitzung des Finanzausschusses vertreten. Hintergrund sind die zu erwartenden Kinderzahlen für die Kita´s und für die Schulen. Hierfür müsse jede Möglichkeit der Geldgenerierung ausgeschöpft werden. Bedingung ist jedoch, dass die Stadt nur Geld für wichtige Infrastrukturprojekte ausgibt.

RH Radon äußert für seine Fraktion, dass erst einmal intern geschaut werden muss, an welcher Stelle man etwas verbessern und einsparen kann, bevor man die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bittet. Ihr ist es bewusst, dass Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung nicht sofort greifen. Wann und in welcher Höhe Fehlbetragszuweisungen gezahlt werden, steht heute noch nicht fest.

RH Fäcke erinnert daran, dass demnächst die sechste Kita in Betrieb geht und jährliche Betriebskosten in Höhe von 400.000 bis 500.000 € nach sich ziehen wird. Auch die höheren Tarifabschlüsse für das Personal der Stadt Tornesch muss finanziert werden.

RH Kölbl mahnt an, dass dies schon die dritte Steuererhöhung innerhalb von wenigen Jahren ist und nie reichte der Erhöhungsbetrag aus. Die CDU hält eine Grundsteuererhöhung für nicht richtig.

RH Werner merkt an, dass die Taktik der CDU-Fraktion nicht aufgehen werde und RH Janzen fordert die CDU als Mehrheitsfraktion auf, ihrer Verantwortung nachzukommen. RF Hahn interveniert, dass die gesamte Ratsversammlung versuchen sollte, dass Tornesch sich entschuldet.

Nach weiterem Meinungsaustausch lässt BV Meyer-Hildebrand über den Beschlussvorschlag abstimmen.

TOP 10	Stellungnahme der Stadt Tornesch zum Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Stadt Tornesch und der Eigenbetriebe Abwasserbetrieb Tornesch, Grundstücksgesellschaft Tornesch (GGT) und Grundstücksgesellschaft (GGS) durch den Landrat des Kreises Pinneberg, Gemeindeprüfungsamt, Haushaltsjahre 2012 bis 2015

Beschluss:

Die Ratsversammlung begrüßt die Zusammenarbeit mit dem Gemeindeprüfungsamt des Kreises Pinneberg auf partnerschaftlicher Basis. Jedoch ist die Vorlage des schriftlichen Prüfungsberichtes zwei Jahre nach der Durchführung der Ordnungsprüfung wesentlich zu spät und die Stadt Tornesch bittet darum, den nächsten Prüfungsbericht wesentlich

zeitnaher vorzulegen. Der Inhalt des vorliegenden Prüfungsberichtes wird dahingehend kritisiert, dass die Nennung von mehr als 50 Beanstandungen aus Sicht der Stadt Tornesch nicht berechtigt bzw. notwendig waren.
Ansonsten wird vom Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Stadt Tornesch und der Eigenbetriebe Abwasserbetrieb Tornesch- ABT-, Grundstücksgesellschaft Tornesch – GGT- und Grundstücksgesellschaft -GGS – durch den Landrat des Kreises Pinneberg, Gemeindeprüfungsamt, für die Haushaltsjahre 2012 bis 2015 Kenntnis genommen und die Ratsversammlung beschließt die von der Verwaltung hierzu gefertigte Stellungnahme.

Abstimmungsergebnis:		
20 Ja-Stimmen	**5 Nein-Stimmen**	**2 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, RH Radon, trägt vor, dass sich der Hauptausschuss intensiv mit dem Prüfungsbericht des Gemeindeprüfungsamt beschäftigt hat. Mit großer Verwunderung hat er von der Vielzahl der nicht notwendigen Prüfungsbemerkungen aus dem Finanzbereich in Bezug auf die Einführung der Doppik Kenntnis genommen. Die Verwaltung sah sich zum ersten Mal veranlasst, auch zu nicht nummerierten Prüfungsbemerkungen Stellung zu nehmen. Auch der große zeitliche Abstand von der Prüfung bis zum Vorliegen des schriftlichen Prüfungsberichts von rund zwei Jahren wurde kritisiert. Entsprechend ist der Beschlussvorschlag ergänzt worden. RH Radon bittet die Ratsversammlung um Zustimmung der Stellungnahme zum Prüfungsbericht.

RH Rahn teilt er mit, dass er aufgrund der Stellungnahme zu Punkt 6 (Vergabeart Torneum) gegen den Beschlussvorschlag stimmen wird. Die Verwaltung äußert darin, dass durch die falsche Vergabeart kein Schaden für die Stadt Tornesch entstanden ist. Dies lässt sich aber seiner Meinung nach nicht beweisen.

TOP 11 Vorlage der Verwaltungsgliederung der Bürgermeisterin gemäß § 55 Abs. 3 GO

Beschluss:

Die Ratsversammlung nimmt die Verwaltungsgliederung zur Kenntnis. Widerspruch wird nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis:		
27 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Bürgermeisterin Kählert erläutert der Ratsversammlung ihre Argumente für die vorgelegte Verwaltungsgliederung. Frau Werner bittet darum, die Produkte den neuen Fachdiensten zuzuordnen. Frau Ries ergänzt, dass dies geschehen wird. Auch der Stellenplan und die Geschäftsverteilung sowie jegliche organisatorische Auflistung ruht künftig auf diesem Organigramm.

TOP 12	Sondervermögen der Kameradschaftskassen der Freiwilligen Feuerwehr a) Rechnungslegung 2018 b) Einnahme- und Ausgabeplanung 2019

Beschluss:

1. Die Rechnungslegungen der Kameradschaftskassen Gemeindefeuerwehr mit Jugendfeuerwehr und der Ortswehren Tornesch-Ahrenlohe und Tornesch-Esingen für das Haushaltsjahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Die Ratsversammlung stimmt den Einnahme- und Ausgabeplanungen der Kameradschaftskassen für das Haushaltsjahr 2019 zu.

Abstimmungsergebnis:		
27 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, RH Radon, bittet die Ratsversammlung den Punkt eins zur Kenntnis zu nehmen und den Punkt zwei zu beschließen.

TOP 13	Neufassung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Uetersen zur Übertragung von Aufgaben und Zuständigkeiten im Bereich des Standesamts- und Wohngeldwesens

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt den anliegenden öffentlichen-rechtlichen Vertrag über die Übertragung von Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen der Stadt Uetersen und der Stadt Tornesch und beauftragen die Bürgermeisterin diesen zusammen mit der Bürgermeisterin der Stadt Uetersen auszufertigen und ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:		
27 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

RH Radon trägt vor, dass die erfolgreiche Arbeit zwischen der Stadt Uetersen und der Stadt Tornesch im Wohngeld- und Standesamtsbereich fortgesetzt werden soll. Da sich im Inhalt des Vertrages etwas geändert hat, hat man sich auf einen neuen, ausbaubaren öffentlich-rechtlichen Vertrag geeinigt. Er bittet um Zustimmung.

TOP 14	7. Änderung des B-Planes 47 "Businesspark Tornesch" - Abwägung zur öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss -

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 7.Änderung des B-Planes 47 abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung vom

19.12.18 geprüft. Die Zusammenstellung vom 19.12.18 ist Bestandteil dieses Beschlusses. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Ratsversammlung die 7.Änderung B-Planes Nr. 47 für das Gebiet nordöstlich der Wilfried-Mohr-Straße in einer Tiefe von ca. 150 m bis zu einer Tiefe von ca. 220 m, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

3. Die Begründung wird gebilligt.

Der Beschluss der 7.Änderung des B-Planes 47 durch die Ratsversammlung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:		
27 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses, RH Stümer, erläutert kurz, dass die Erhöhung der Firsthöhe bei dieser Firma durch die Verlagerung der Fertigung und Konfektionierung an den Standort Tornesch notwendig geworden ist.

Nach diesem TOP beginnt der nichtöffentliche Teil der Sitzung. BV Meyer-Hildebrand bedankt sich bei den Zuhörerinnen und Zuhörern. Nachdem diese den Ratssaal verlassen haben, eröffnet er die nichtöffentliche Sitzung

Tornesch, den 02.07.2020

Friedrich Meyer-Hildebrand Vorsitzende(r)	Inga Ries Protokollführer(in)